Einreicher: Weide, David

Anfrage

an Landrat
an Vorsitzenden

öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:
Kreistag Uckermark

Datum:
07.12.2016

Inhalt:

Urlaub machen im "Verfolgerland"

Fragestellung:

Aktuell sorgen Medien für Gesprächsstoff, wonach nach Deutschland eingereiste vorgebliche "Flüchtlinge" offenbar in erheblichem Ausmaß Urlaub in ihren angeblichen "Verfolger-Ländern" machen, aus denen sie vor "Krieg und Bedrückung" geflohen sein wollen. Einem Bericht der "Welt am Sonntag" zufolge wurden Fälle von Asylbewerbern aus Afghanistan, Syrien und dem Irak bekannt. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sei der Sachverhalt bekannt, und man bemühe sich um einen zahlenmäßigen Überblick.

Laut der "Welt am Sonntag" forderte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits im Juni 2016 Berliner Arbeitsagenturen schriftlich auf, Reisen von Asylbewerbern in Heimatländern der zuständigen Ausländerbehörden zu melden - immerhin können Reisen in den "Verfolgerstaat" nach der Einzelprüfung zur Aberkennung des Schutzstatus führen (www.welt.de/politik/deutschland/article158049400/Fluechtlinge-machen-Urlaub-wo-sie-angeblich-verfolgt-werden.html). Bitte beantworten Sie in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Inwieweit hat der Landkreis, insbesondere Sozialbehörden, das kommunale Jobcenter und das Amt für Migrationsangelegenheiten Kenntnis von im Landkreis Uckermark lebenden Asylbewerbern und/oder Flüchtlinge, die in ihrer Heimat- oder Verfolgerländer reisen bzw. gereist sind?

2. In welchem Umfang haben hiesige Sozialbehörden, das kommunale Jobcenter und das Amt für Migrationsangelegenheiten bei bekannt gewordenen Fälle von der Möglichkeit von Sanktionen Gebrauch gemacht? Wenn nein, warum nicht?

gez. D. Weide
Unterschrift

21.11.2016
Datum